

Sachsen Weizen

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Drittel-Duzender)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reklamation und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 80.

Berlin, Sonnabend, 5. Oktober 1912.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Stützen von Thron und Altar. — Die Bedeutung des deutschen Kolonialhandels. — Die Wahlen für die Angestelltenversicherung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Stützen von Thron und Altar.

Wenn man jetzt ältere Leute erzählen hört von den Preisen, die vor 40, 50 Jahren für Lebensmittel gezahlt wurden, glaubt man, daß unsere Vorfahren in einer ganz andern Welt gelebt haben. Sind doch für manche Gegenstände die Preise auf mehr als die dreifache Höhe gestiegen. Zurückzuführen sind diese, namentlich für den ärmeren Teil der Bevölkerung so beklagenswerten Zustände auf unsere Wirtschaftspolitik, die unter dem Schlagwort „Schutz der nationalen Arbeit“ seit mehreren Jahrzehnten einzig und allein darauf gerichtet ist, den Agrariern die unergründlichen Taschen zu füllen auf Kosten der übergroßen Menge der Bevölkerung.

Die Träger dieser Politik sind der Bund der Landwirte und die ihm nahestehenden Parteien, die Wirtschaftliche Vereinigung und die Konserwativen. Sie haben es verstanden, durch ihre Beziehungen zur Reichsregierung sich einen so starken Einfluß zu sichern, daß lediglich aus dem Gesichtswinkel ihres Profits die deutsche Politik getrieben wird. Aber auch das Zentrum trägt ein gerütteltes Maß der Schuld. Wo es galt, die agrarische Wucherpolitik zu unterstützen, hat es niemals gefehlt. Endlich aber hat ein großer Teil der Nationalliberalen Schulter an Schulter mit den genannten Parteien gekämpft, gedrängt von den Großindustriellen des Westens, die als Gegengabe für die Bewilligung der Zölle auf Nahrungsmittel solche für die Produkte der Schwerindustrie bewilligt erhielten.

Die Nahrungsmittelzölle sind es, die sich im Volke am unangenehmsten fühlbar machen. Seit Jahren haben wir infolge dessen Preise für Brot und andere Nahrungsmittel, daß man glaubte, sie könnten überhaupt nicht mehr höher steigen. Aber Jahr um Jahr mußte das deutsche Volk schlimmere Erfahrungen machen. Auch die gegenwärtige Fleischsteuerung ist auf diese Zollpolitik zurückzuführen. Erkens muß für eingeführtes Vieh ebenfalls ein Zoll bezahlt werden; dann aber veranlassen die hohen Getreidezölle die Landwirte, sich von der Viehzucht abzuwenden, da der Getreidebau ihnen leichter einen großen Profit abwirft. Endlich aber hat man Grenzbarren geschaffen, die man allerdings mit sanitären Rücksichten begründet, die aber durch die Art, wie sie durchgeführt werden, deutlich erkennen lassen, daß es sich im Grunde genommen bei ihnen nur darum handelt, den Agrariern zu Liebe den Markt nicht allaufstark mit Vieh beleben zu lassen. Bis vor kurzem gab es auch noch die Branntweinliebhaber, die den schandensprechenden Großgrundbesitzern ohne jede Veranlassung alljährlich Millionen aufjubelte.

Sieht man sich nun die Leute etwas näher an, die sich so auf Kosten des Volkes und gerade seiner ärmeren Schichten bereichern, so erhält man ein ganz sonderbares Bild: Herzöge, Grafen und Rittergutsbesitzer sind es, Leute, die sonst den Standpunkt vertreten, daß der Staat sich in die Wohlstandsverhältnisse der einzelnen Klassen zu einander beileibe nicht einmischen dürfe. Sie selbst aber betreiben eine Politik, die die minderbesitzenden Klassen zu unnötigen Ausgaben für die Lebensmittelproduktion zwingt und damit die Wohlstandsverhältnisse verächtlich zum Schaden aller übrigen Klassen und zum eigenen Nutzen der landwirtschaftlichen Großunternehmer.

Aber diese Begünstigungspolitik hat auch noch andere Folgen. Als Antwort auf die vom Deutschen Reich festgelegten Getreide- und andere Einfuhrzölle hat das Ausland die Zölle auf deutsche Industrieerzeugnisse ebenfalls erhöht. Dadurch hat sie unsere Ausfuhrmöglichkeit erschwert, und es gibt tatsächlich zahlreiche Industrien, denen auf diese Weise die Konkurrenz mit andern Staaten unmöglich gemacht und die Ausfuhr weitestgehend beeinträchtigt worden ist. Auch darunter haben die Arbeiter schwer zu leiden. Denn in solchen Industrien verringert sich nicht nur die Arbeitsgelegenheit, sondern auch die Löhne werden naturgemäß herabgedrückt. So werden durch unsere Wirtschaftspolitik gerade die Arbeiter mit doppelter Rute gezüchtigt, als Konsumenten sowohl wie auch als Produzenten. Daß dadurch eine maßlose Erbitterung in der Arbeiterklasse Platz greifen muß, und daß dem Unmut immer neuer Nährboden bereitet wird, ist selbstverständlich. Aber abgesehen davon, ist es denn zu verantworten, daß man der großen Masse des Volkes das tägliche Brot in dieser unerhörten Weise verteuert, nur damit eine kleine Klasse zufriedengestellt wird? Kann man da wirklich vom Schutz der nationalen Arbeit reden? Ist es nicht ein großer Unfug, der hier mit dem Begriffe „national“ getrieben wird? Und die Menschen, die in dieser unverantwortlichen Weise mit dem Volkswohl spielen, sie nennen sich großartig die Stützen von Thron und Altar.

Ein anderes Bild! Als vor einigen Jahren die Reichsfinanzreform durchgeführt wurde, da verlangte man, die leistungsfähigeren Schulktern sollten etwas stärker dazu beitragen, daß die Finanzverhältnisse des Deutschen Reiches der Gesundheit entgegengeführt würden. Da kam man aber bei jenen Stützen von Thron und Altar schon an. Von einer Erbschaftsteuer wollten sie nichts wissen; das litt ihr Familiensinn nicht, und so wußte man diese Steuerart von sich abzuwälzen mit Unterstützung derjenigen Parteien, die auch sonst die Begünstigungspolitik für die Agrarier mitgemacht haben. Dafür aber wurden dem Volke wichtige Bedarfsgegenstände und die wenigen Genussmittel, die ihm zur Verfügung stehen, in unerhörtester Weise verteuert.

Die deutschen Arbeiter, die unter diesen wirtschaftspolitischen Verhältnissen am schwersten zu leiden haben, müssen natürlich darauf bedacht sein, ihre Einnahmequellen zu vergrößern, um bei der verteuerten Lebenshaltung einigermaßen menschenwürdig auskommen zu können. Sie müssen also danach trachten, ihre Löhne zu erhöhen, was ihnen nur durch ihre Organisation möglich ist. Wer aber ist der schlimmste Gegner der Organisation der Arbeiter? Wieder jene Agrarier und ihr Anhang, wenn auch das Zentrum sich stets ein sozialpolitisches Mäntelchen umzuhängen verstanden hat. Wenn die deutschen Arbeiter kein besseres Vereinsrecht haben, wenn das Koalitionsrecht noch immer des Ausbaues und der Sicherung bedarf, so sind in erster Linie die Agrarier und ihre Freunde daran schuld. Noch vor kurzem sind sie es gewesen, die im Reichstage den allerdings kläglich gescheiterten Versuch machten, die Rechte der Arbeiter durch ein sogenanntes Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen zu schmälern. Ihr Antrag wurde glücklicherweise mit 27 gegen 63 Stimmen abgelehnt, so daß ihnen vorläufig wohl die Neigung zu einem ähnlichen Vorstoß vergangen sein dürfte. Und wie sieht es auf dem Gebiete des Arbeiterrechtes aus? Wie stellen sich jene volksfeindlichen Elemente der Arbeiterversicherung gegenüber? Die Agrarier und ihr Anhang sind es, die jedem energischen Fortschritt Widerstand entgegenlegen, die auch dafür georot haben, daß die Neuordnung der sozialen Gesetze in der Reichsversicherungsordnung so wenig

den berechtigten Wünschen der Arbeiter entspricht. Krankjunker und Schlotjunker, innig vereint durch das Zollbündnis, halten auch fest und treu zusammen, wenn es gilt, den Arbeitern Rechte zu schmälern oder vorzuenthalten. Man denke nur an das Lamentieren über die Belastung der Industrie durch die Sozialpolitik, und unwillkürlich wird man erinnert an die von agrarischer Seite so oft erhobene Klage über die Begehrtheit der Arbeiter und die Unerfüllbarkeit ihrer Forderungen.

Unter dem Einfluß und zugunsten dieser Elemente wird die deutsche Wirtschaftspolitik geführt. Braucht man sich da zu wundern, wenn trotz der seit 30 Jahren betriebenen Sozialpolitik die Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse bei uns größer als anderswo ist und die Sozialdemokratie den stärksten Zulauf hat? Erst in den letzten Jahren hat man in England die ersten Schritte auf sozialpolitischem Gebiete verübt, die Arbeiterklasse ist drüben fast ein Jahrhundert lang organisiert, trotzdem aber ist es der Sozialdemokratie bis zum heutigen Tage noch nicht gelungen, eine nennenswerte Bedeutung zu gewinnen. Deshalb haben auch die Agrarier absolut keinen Anspruch darauf, sich als die Stützen von Thron und Altar zu bezeichnen. Gerade das Gegenteil trifft zu, und nicht nur im Interesse des Volkes kann der Reichsregierung nur immer und immer wieder der dringende Rat erteilt werden, endlich halt zu machen auf der jetzigen Bahn und umzukehren. Auf das Volk muß sie sich stützen, sonst läuft sie Gefahr, daß die ganze Herrlichkeit demaleinst unter den Schwaden jetzigen Stützen zusammenbricht.

Die Bedeutung des deutschen Kolonialhandels.

Deutschlands Entwicklung zu einer Kolonialmacht ist nicht nur nicht ohne starke Anfeindungen seitens unserer lieben Freunde und Nachbarn in Europa vor sich gegangen; sie ist auch im Inlande auf beträchtlichen Widerstand gestoßen. Und in der Tat haben unsere Kolonien schon ungeheure finanzielle Aufwendungen erfordert, die den Reichshaushalt schwer belasteten und häufig wirtschaftlicheren Zwecken hätten dienen sollen. Erdreckend viel Gut und Blut ist ihnen geopfert worden, während mancher Aufstieg, manches Gemeinwohl bei einiger Umsicht hätte vermieden werden können, und noch heute sind grobe kolonialpolitische Fehler nicht selten. Immerhin ist doch aber in den letzten Jahren ein Umchwung in der öffentlichen Meinung nicht zu verkennen. Mehr und mehr verbreitet sich die Anschauung, daß die Opfer nicht vergeblich gewesen sind, daß es in unseren Kolonien einigermaßen vorwärts geht, nachdem wir die allerdings äußerst langwierigen Kinderkrankheiten endlich zum größten Teile überwunden haben, daß sie beginnen, nicht nur dem Mutterlande, sondern auch der Welt etwas zu bedeuten. Diesem Eindruck kann man sich auch nicht verschließen, wenn man die Entwicklung des auswärtigen Handels der Absatzgebiete, der ja nicht mit dem Handel zwischen Kolonien und Mutterland identisch ist, betrachtet. Die Zahlen für das Jahr 1911 liegen leider noch nicht vor, die koloniale Handelsstatistik ist erst bis zum Jahre 1910 vorangetragen. Aber auch die bisher veröffentlichten Nachrichten lassen schon einen gewissen Optimismus durchaus berechtigt erscheinen.

Der gesamte koloniale Handel hat im Jahre 1910 einen Wert von nicht weniger als 360,4 Mill. M., erreicht und sich damit seit 1905, wo der Wert nur 193,1 Mill. M. betrug, beinahe verdoppelt. Gegen 1909 hat er allein eine Zunahme

um: 63,2 und gegen 1908 eine solche von 105,7 Mill. Mark erfahren. Das sind doch jedenfalls ganz respektable Zahlen! Die Einfuhr in die Schutzgebiete hat sich in den letzten drei Berichtsjahren auf 160,9 bezw. 172,9 bezw. 199 Mill. Mk. und die Ausfuhr auf 93,8 bezw. 124,4 bezw. 161,4 Mill. Mark belaufen. Besonders erfreulich ist das starke Anwachsen des Ausfuhrwertes, der, wenn er sich in in der bisherigen Weise weiter entwickelt, den der Einfuhr bald erreicht haben wird. Im einzelnen haben Einfuhr und Ausfuhr an Wert (in Mill. Mark) erreicht:

	1910	1909
Einfuhr nach		
Kamerun	25,5	17,7
Ostafrika	38,7	33,9
Togo	11,5	11,2
Südwestafrika	44,3	34,7
Südbsee	9,7	9,8
Kautschuk	69,4	65,5
Ausfuhr aus		
Kamerun	19,9	15,7
Ostafrika	20,8	13,1
Togo	7,2	7,4
Südwestafrika	34,7	22,1
Südbsee	18,2	11,4
Kautschuk	60,6	54,7

Zu beachten ist hierbei jedoch, daß der Handel von Kautschuk nicht nur denjenigen der deutschen Siedelung Tjingtau nebst näherer Umgebung, sondern auch den Sinterlandes umfaßt, soweit er unter der Kontrolle des Deutschen Reiches steht.

Die Zusammenhebung der Einfuhr weicht in den einzelnen Schutzgebieten nicht sehr erheblich von einander ab, meist besteht sie aus Fabrikaten, insbesondere solchen der Textil- und Eisenindustrie, aber auch Lebensmitteln, wie Mehl, Reis und dergleichen mehr. Die Ausfuhr ist natürlich je nach Lage und Klima der Gebiete verschieden.

Unter den Ausfuhrgegenständen Kameruns steht an erster Stelle Kautschuk mit 11,1 Mill. Mk.; es folgen Palmkerne (3,6), Kakaos (3,1), Palmöl (1,3), Eisenblech (0,6). Aus Ostafrika wurde ebenfalls Kautschuk und Guttapercha (6,1) sowie Eisenblech (0,7), Jodann Säure (2,9), Strahlhanf (3,0), Kopra (1,9) und für je 0,8 Mill. Mk. Raffee rohe Baumwolle und Goldes ausgeführt. Auch Togo liefert besonders Palmkerne (2,0), Palmöl (1,2), Kautschuk (1,1) und rohe Baumwolle (0,5). Südwestafrika verhandelt dagegen für 26,9 Mill. Mk. Diamanten, für 5,7 Mill. Mk. Kupfererze und für 0,9 Mill. Mk. Blei, während aus der Südbsee Kopra (7,3) und Kakaos (0,6), außerdem aber auch Phosphate (9,5) kamen. Eine ganz andere Struktur weist wieder die Ausfuhr Kautschuks aus. Von dort wurden Strohborste (13,4), geschälte Erdnüsse (10,0), Schantung-Bonzees (5,7), gelbe Seide (4,1), rohe Baumwolle und Bohnenöl (je 3,5) usw. exportiert.

Unsere Schutzgebiete werden wohl nie das Eldorado für deutsche Auswanderer werden, das begehrteste Kolonialobjekte von ihnen erhofft haben. Für den Weltmarkt spielen sie aber schon heute eine Rolle; und wenn sie in dieser Richtung wie bisher fortföhren, werden sie bald wertvolle Besitztümer des Deutschen Reiches werden.

Die Wahlen für die Angestelltenversicherung.

Bekanntlich tritt die Angestelltenversicherung am 1. Januar 1913 in Kraft. Allzuviel Freude wird wohl kein Privatangestellter an dem ganzen Gesetze haben; denn für die ersten 10 Jahre bringt es für die Angestellten nur Pflichten, und zwar ziemlich schwere Pflichten, und stellt ihnen dafür nach 10 Jahren recht magere Rechte in Aussicht. Jedoch mit einer Ausnahme! Die versicherungspflichtigen Angestellten haben in aller nächster Zeit das Recht, ihre Vertreter zu den Verwaltungs- und Entscheidungsbehörden zu wählen. Beteiligt sind die Angestellten durch ihre Vertreter, am Direktorium, dem Verwaltungsrat, den Rentenausschüssen, ferner an den Schiedsgerichten und Oberversicherungsämtern. Die Wahlen finden nach dem Verhältniswahlsystem statt. Direkt gewählt werden durch die Angestellten nur die Vertrauensmänner. Diese wählen dann die Vertreter der Versicherten für die andern Organe. Das gleiche gilt für die Arbeitgeber. Der Vollständigkeit sei noch mitgeteilt, daß auch weibliche Versicherte wählbar sind, jedoch nicht für die rechtsprechenden Instanzen; sie können nur für Verwaltungsämter gewählt werden.

Ueber die Wichtigkeit der Wahlen der Vertrauensmänner für die Angestelltenversicherung an dieser Stelle etwas zu sagen, erübrigt sich. Es liegt

ohne weiteres klar auf der Hand, daß Verwaltungsmaßnahmen und Rechtspflege für die Interessen der Angestellten von ganz hervorragender Bedeutung sind. Sie können je nach Zusammenlegung der Organe und der Tüchtigkeit der Verwaltungsvertreter den gesetzlichen Bestimmungen eine für die Versicherten möglichst günstige Auslegung geben. Da das Gesetz schon in seinem Wortlaut allzuviel günstige Bestimmungen für die Versicherten nicht enthält, so ist durch die Wahl tüchtiger, arbeitsfreudiger und aufgeklärter Vertrauensmänner wenigstens für eine die Rechte und Interessen der Angestellten berücksichtigende Verwaltung und Rechtspflege zu sorgen.

Bei den im November dieses Jahres stattfindenden Vertrauensmännerwahlen stehen sich zwei Hauptgruppen gegenüber. Der sogenannte **Sauptauschuß**, der sich unter Führung der deutsch-nationalen Handlungsgehilfen etabliert hat, und die **Freie Vereinigung für soziale Versicherung der Privatangestellten**. In der letzteren Vereinigung hat der Bund technisch-industrieller Beamten die Führung übernommen. Der Hauptauschuß ist eine Vereinigung aller Angestellten-Organisationen, die Befürworter einer Angestelltenversicherung waren, wie sie durch die Regierung dem Reichstag zur Beratung überwiesen wurde. Die Freie Vereinigung und die derselben angeschlossenen Organisationen umfassen die Befürworter einer Angleidung der Angestelltenversicherung an die allgemeine Invalidenversicherung. Damit ist auch der Standpunkt der Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine für die Wahlbewegung gegeben. Für einen Gewerksvereiner, der im Sinne der Angestelltenversicherung wahlberechtigt ist, kann nur die Liste der Freien Vereinigung in Betracht kommen. Unsere angestellten Kollegen werden also überall nicht nur allein für die Wahlliste der Freien Vereinigung stimmen müssen, sondern auch recht viel andere Wahlberechtigte für diese Liste zu interessieren suchen.

In Berlin bestehen neben der Liste der Freien Vereinigung noch zwei mit dieser Liste verbundene Wahllisten. Den Berliner Kollegen ist dringend zu empfehlen, für die Liste des **Verkehrsmeisters-Verbandes** zu stimmen. Infolge besonderer Vereinbarungen sind in diese Liste zwei unserer Kollegen als Kandidaten aufgenommen, und zwar die Kollegen **Sartmann** und **Reustedt**. Mit Flugblättern steht auf Wunsch das Verbandsbureau gern zur Verfügung. Unsere Wahlparole für die Wahlen der Vertrauensmänner für die Angestelltenversicherung ist also: Für die Liste der Freien Vereinigung! In Berlin müssen alle Kollegen eintreten für die Liste des **Verkehrsmeisters-Verbandes**.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 4. Oktober 1912.

Lafschbuch für die Deutschen Gewerksvereine 1913. Von der in Aussicht genommenen Auflage des Lafschbuchs ist nur noch ein kleiner Rest vorhanden. Diejenigen Ortsvereine also, die für ihre Mitglieder noch Bestellungen machen wollen, müssen dies sofort tun, wenn sie nicht das Nachsehen haben wollen. Denn eine zweite Auflage des Lafschbuchs wird nicht herbeigeführt. Wir verweisen bei dieser Gelegenheit noch einmal darauf, daß bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer **Kollegen Rudolf Klein**, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23 zu richten sind, außer dem Betrag für die Lafschbücher selbst 5 Pf. Abtragsgebühr und die Kosten für das Porto mit eingerechnet werden müssen. Wie hoch sich diese belaufen, ist aus den verschiedenen Zifferaten zu ersehen.

Einige Kollegen haben bereits nachgefragt, wann sie in den Besitz des Lafschbuchs gelangen werden. Der Versand des Lafschbuchs kann vor Ende Oktober nicht erfolgen. Da aber das Lafschbuch sich auf das Jahr 1913 bezieht, kommt es Anfang November immer noch rechtzeitig in die Hände der Kollegen. Zum Schluß nochmals die Mahnung an die sämigen Ortsvereine, die noch Bestellungen machen wollen, daß sie unerbüßlich ans Werk gehen und dem Kollegen Klein mitteilen, wieviel Exemplare sie wünschen.

Ein **Verband deutscher Krankenkassen** ist am Sonntag, den 29. September in Köln a. Rh. gegründet worden. An der konstituierenden Versammlung nahmen u. a. auch die Kollegen **Lewin**

und **M. Schumacher** - Berlin, sowie der Kollege **A. Delung** - Duisburg teil. Den Anstoß zu der Gründung hat der Umstand gegeben, daß der bereits bestehende Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, dessen Leiter der sozialdemokratische Abg. **Frähdorf** ist, völlig unter sozialdemokratischem Einfluß steht und nicht den geringsten Einfluß auf die Gestaltung der sozialpolitischen Verhältnisse hat. Das hat sich namentlich bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung gezeigt. Der neugegründete Verband, der auf nationaler Grundlage aufgebaut ist, will sich auf die bürgerlichen Parteien stützen, die denn auch sämtlich der neuen Organisation ihre Sympathien zum Ausdruck brachten.

Die konstituierende Versammlung am Sonntag beschränkte sich darauf, die Leitung der Tagung als provisorischen Vorstand zu ernennen und diesen Vorstand auf 16 Mitglieder zu verstärken. Es sitzen in demselben Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und verschiedene Kassenbeamte. U. a. gehören die Kollegen **Lewin** - Berlin und **Gieseler** - Duisburg dazu. Die Stimmung auf der Tagung war eine vortreffliche, da eine große Zahl von Krankenkassen mit annähernd 4 Millionen Mitgliedern bereits ihren Beitritt erklärte. Aufgabe unserer Kollegen wird es sein, dort, wo sie Einfluß in den Krankenkassen haben, dafür zu sorgen, daß diese Krankenkassen nun ebenfalls ihren Anschluß an den neuen Verband vollziehen.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die sozialdemokratische Presse, daran der „Vorwärts“, die Neugründung in der ihr eigenen Art glosiert. Der Verfasser der fraglichen Notiz, der in der Versammlung in Köln jedenfalls anwesend war, entblödete sich nicht zu schreiben, daß auch Selbe an der Veranstaltung teilgenommen haben, während gerade mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Selben in dem neugegründeten Verbands abfolut nichts zu suchen hätten. Aber das ist nun einmal so die Kampfweise der „Genossen“, und niemand kann aus seiner Haut heraus.

Der **zweite sächsische nationale Arbeitertag**, der am Sonntag in Chemnitz stattgefunden hat, erfreute sich einer außerordentlich starken Beteiligung. 70 000 Arbeiter und Angestellte waren durch 656 Delegierte vertreten, die den größten Saal von Chemnitz füllten. Man sah es den Delegierten an, daß die Arbeiter die überwiegende Mehrzahl in der Versammlung bildeten. Der Veranstalter des ersten Arbeitertages, Pastor Richter-Königsvalde, war nicht anwesend. Das Tischgespräch zwischen ihm und den evangelischen Arbeitervereinen ist zerschnitten, weil er den Versuch gemacht hat, die nationale Arbeiterbewegung Sachtens, die auf dem Boden des freien Koalitionsrechtes steht, mit den Selben in Verbindung zu bringen. Selbstverständlich waren auch die Selben selbst von der Tagung ausgeschlossen, die an sich einen ausgezeichneten Verlauf nahm. Der Grundgedanke, der sich durch die Verhandlungen zog, war die Ablehnung eines Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen, wie es von der sächsischen Regierung im Bundesrat beantragt worden ist. In einer Resolution wurde dieser Gedanke deutlich zum Ausdruck gebracht. Weiter wurde in Resolutionen verlangt, die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und Mittel und Wege, um jedem Mißbrauch der Tarifverträge durch die sogenannten freien Gewerkschaften entgegenzutreten zu können. Von dem Reichstage wurde weiter die Einführung völliger Sonntagsruhe, ein gesetzliches Verbot der Konkurrenzklause, sowie eine Maximalarbeits- und eine Mindestruhezeit für Gastwirtsangestellte gefordert.

Die **Eisenbahnerfrage** hat noch einmal den bayrischen Landtag beschäftigt. Der sozialdemokratische Abg. **Segitz** hat die Rede des Verkehrsministers v. **Seidlein** als Anlaß zu einem heftigen Vorstoß gegen das Verkehrsministerium genommen und sich scharf gegen das Verbot des Streikrechts der Eisenbahner ausgesprochen. Daraufhin hat Herr v. **Seidlein** noch einmal das Wort ergriffen und ausgeführt, daß die Regierung den Angestellten der Betriebsverwaltung weder ein Streikrecht noch die Zugehörigkeit zu solchen Organisationen zubilligen werde, die das Streikrecht propagieren. In diese Stellung sei die Regierung durch die Erfahrungen des Auslandes gedrängt worden. Er verwies dabei auf den französischen Eisenbahnerausstand und auf die Vorgänge bei dem Streik der Eisenbahner in England. Unter diesen Umständen müsse die Verkehrsverwaltung alles tun, jeder verletzenden Agitation entgegenzuwirken. Das Bemerkenswerteste an den Ausführungen des bayrischen Verkehrs-

ministers war die Mitteilung, daß die Regierung beabsichtigt, die Angestellten und Arbeiter bei ihrem Eintritt in den staatlichen Dienst durch Unterzeichnung eines Reverses zu einem bedingungslosen Verzicht auf das Streikrecht zu zwingen.

Mit dieser Mitteilung löste der Minister nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern auch bei den Liberalen lebhaften Widerspruch aus. Und mit Recht. Was soll denn ein solcher Revers? Er ist unseres Erachtens vollständig überflüssig. Die Tatsache, daß den Staatsarbeitern das Streikrecht verweigert ist, steht fest. Mit dem Augenblick, wo jemand in den Staatsdienst tritt, verzichtet er auf das Streikrecht. Es hat also keinen Zweck, die Unterzeichnung eines besonderen Reverses zu verlangen, der noch dazu gar nichts nützt. Denn sollte sich wirklich einmal die Situation so gestalten, daß das Eisenbahnpersonal nur noch durch einen Streik eine Verbesserung seiner Lage herbeiführen zu können glaubt, dann würden sich sicherlich auch diejenigen, welche den Revers unterzeichnet haben, deshalb von der Beteiligung an einem Ausstande nicht abhalten lassen. Eine volle Sicherheit gegen einen Streik bietet also der Revers nicht. Deshalb sollte man von einer Maßnahme absehen, die nur geeignet ist, Mißtrauen und Unzufriedenheit dort zu erwecken, wo sie bisher noch nicht vorhanden waren.

Arbeiterbewegung. In Berlin haben die Mehrkuttiger ihren Tarif zum 1. Oktober gekündigt und für den neuen Tarif die Forderung gestellt, daß unter Beibehaltung der bisherigen Satzungen ihnen ein Mitspracherecht gewährt wird, weil sie unter den immer schwieriger werdenden Verhältnissen nicht imstande sind, allein ihre Arbeit zu bewältigen. Da die Führer der Forderung abgelehnt haben, traten die Arbeiter in den Streik. In der Berliner Kartonindustrie sind etwa 250 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausstand getreten. Zurückzuführen ist derselbe auf Tarifdifferenzen. Die von der Tarifkommission der Arbeiter gemachte Vorlage wurde von den Unternehmern zurückgewiesen, und auch die vor dem Gewerbegericht getroffenen Vereinbarungen wurden von den Arbeitnehmern abgelehnt.

Der Streik der spanischen Eisenbahner dauert noch immer fort. Es hat eine allgemeine Abstimmung über Verhängung des Generalstreiks stattgefunden, die eine überwältigende Mehrheit dafür ergab, so daß wahrscheinlich am 8. Oktober der Verkehr auf den spanischen Bahnen vollständig eingestellt wird. In der Glasfabrik von Albi (Frankreich), einem sozialistischen Unternehmen, sind zwischen der Verwaltung und den Arbeitern Differenzen ausgebrochen, die zur Arbeitsniederlegung führten. Nach längeren Bemühungen ist es gelungen, eine Einigung herbeizuführen, worauf die Arbeiter ihre Beschäftigung wieder aufnahmen.

Welche Schwierigkeiten der Entwicklung unserer Organisation bereitet werden, das zeigt u. a. das Verhalten der katholischen Arbeitervereine, die ihren Mitgliedern die Zugehörigkeit zu den Deutschen Gewerkschaften in dieser oder jener Form unterlagen und für die christlichen Gewerkschaften Stimmung machen. In welcher Weise dies geschieht, beweist ein Beschluß, der auf dem Bezirksrat der katholischen Arbeitervereine des Bezirkes Herne i. W. am 22. September gefaßt wurde. Dieser Beschluß lautet:

„Der siebente Bezirksbelegertentag beschließt, daß Mitglieder Kirch-Dunderscher Gewerkschaften als Mitglieder katholischer Arbeiter- und Knappenvereine nicht neu aufgenommen werden können. Wo sich Kirch-Dundersche Gewerkschaften in den Vereinen befinden, können diese zu Vorstandsmitgliedern nicht zugelassen werden. Es ist unterlagt, in den katholischen Arbeiter- und Knappenvereinen für die Kirch-Dunderschen Gewerkschaften Propaganda zu machen. Jeder Versuch gegen diese Bestimmung zieht den Ausschluß aus den Vereinen und damit Verlust aller im Verein erworbenen Rechte nach sich.“

Katholische Arbeitervereine sind Einrichtungen zur Pflege der religiösen Meinung. Den Mitgliedern der Deutschen Gewerkschaften will man die Zugehörigkeit dazu verbieten. Originell an diesem Verbot ist aber folgendes: Auf derselben Tagung wurde eine Resolution gegen die Selbsten angenommen, weil diese die Arbeiter zum Verzicht auf das ihnen gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht zwingen. Die katholischen Arbeitervereine trotzen damit ihrer selbst und merken es nicht. Bedeutet nicht ihr Verbot gegen die Kirch-Dunderschen Gewerkschaften ebenfalls einen Angriff gegen das Koalitionsrecht? Schließt man unsere Mitglieder nicht lieblich des-

halb aus den katholischen Arbeitervereinen aus, weil sie von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen, das ihnen gestattet, sich dort zu organisieren, wo es ihnen beliebt? Trotz der feindlichen Stellung der katholischen Arbeitervereine hat sich unsere Bewegung in jenen Gegenden gut entwickelt, und so werden wir auch über den Beschluß des Bezirksrates in Herne glücklich hinwegkommen.

Zur sozialen Lage der technischen Angestellten. Was sich die „Proletarier im Stehfragen“, wie man die technischen Angestellten hiesweilen genannt hat, des bieten lassen müssen, dafür legt ein beredtes Zeugnis ab die Dienstordnung, welche die Firma Schahmer in Georgsmarienhütte ihren Beamten zur Unterchrift vorzulegen magt. Der § 4 dieser Dienstordnung besagt:

„Beschleiden ist die Eingehung einer Ehe und sonstige Änderungen in den Familienverhältnissen rechtzeitig anzuzeigen.“

§ 7 enthält den Satz:

„Angestellte, welche beabsichtigen, sich zum Offizier wählen zu lassen, haben dieses vorher rechtzeitig der Direktion anzuzeigen und die Genehmigung einzuholen.“

§ 11 besagt:

„Für die Öffentlichkeit bestimmte Nebenbeschäftigungen, soweit sie nicht auf gesetzlichem Zwange beruhen, sind unzulässig.“

Und endlich findet man im § 13:

„Kein Beamter der Gesellschaft darf ohne vorher schriftliche Genehmigung auf eigenen oder fremden Namen ein Patent nehmen. Patente, die demnach von einem Beamten ohne Genehmigung vor seinem Austritt oder vor Ablauf von einem Monat nach demselben genommen sind, ist die Gesellschaft hierdurch berechtigt, als ihr Eigentum zu erklären.“

Dieses angenehme Dienstverhältnis, das lebhaft an die Sklaverei des Altertums erinnert, ist in den letzten Wochen noch „verbessert“ worden durch einen Zusatz zum § 4, der folgenden Wortlaut hat:

„Es ist dem Angestellten unteragt, dem Bunde der technisch-industriellen Beamten anzugehören. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot berechtigt die Gesellschaft zur Aufhebung des Dienstverhältnisses ohne Kündigung.“

Den Anlaß zu diesem dreifachen Angriff auf das Koalitionsrecht soll nach dem Organ des Bundes der technisch-industriellen Beamten der Umstand gegeben haben, daß die Firma, die, wohl in Unkenntnis des Gesetzes, einem Angestellten Unrecht zufügen wollte, durch den Bund daran gehindert wurde, indem er den Angestellten Rechtschutz gewährte und den Prozeß gewann. Ein solches Verfahren verstoß gegen den klaren Inhalt der Verträge, und der Staatsanwalt hätte die Verpflichtung, gegen die Firma energisch einzuschreiten.

Die Mittelständler und die Konsumvereine.

Das die organisierten Mittelständler einen hartnäckigen Kampf gegen die Konsumgenossenschaften führen, ist allgemein bekannt. Jeder Verständige sieht ein, wie töricht dieser Kampf ist. Aber Verständige irren sich ja nicht unter Mittelständler, deshalb braucht man auch keine Befehrsversuche zu machen; nur feststellen muß man hin und wieder, was die Herrschaften alles zur Bekämpfung der Konsumvereine verlangen. Auf dem Reichsdeutschen Mittelstandstage, der kürzlich in Braunschweig tagte, wurde den Herrschaften zunächst einmal von einem Wanderversammlerindiskus, der Spezialist in der Konsumvereinsbekämpfung ist, erzählt, daß die Befriedigung des Massenkonsums zur Erzeugung von Massengütern und zur Verflachung der Produktion führe. Es wurde dann die Vernichtung des selbständigen Mittelstandes, des „Mittels der unsrer Volkswirtschaft“, durch die Konsumvereine bejammert. Verlangt soll werden: Einführung der Konzeptionspflicht für Beamtenkonsumvereine. Dann wurde wieder die übliche Forderung des Verbots der Beteiligung der Beamten an der Verwaltung von Konsumvereinen erhoben. Ferner will man es den Konsumvereinen unmöglich machen, selbstproduzierte Waren an Nichtmitglieder zu verkaufen. Schließlich wurden allerhand Steuerpläne vorgezungen und als Trumb der Borniertheit das Verbot der Errichtung von Verkaufsstellen außerhalb des Ortes verlangt. Das allein zeigt schon den ganzen Widerstand dieser unmöglichen Forderung. Überall ziehen die großen industriellen Betriebe aus den Städten heraus in die Vororte; die Konsumvereine will man auf den Ort beschränken, so daß sie häufig nicht einmal in der Lage wären, den teuren Grund und Boden der inneren Stadt zu verlassen. Im weiteren Verlaufe der Tagung sprach man dann

noch weiter über die Besteuerung der Konsumvereine.

Die Herren werden es ja nicht erleben, daß ihre unfinnigen Pläne von der Gesetzgebung angenommen werden, denn alles, was diese Leute wünschen, kann sich nicht einmal das preussische Abgeordnetenhaus gestatten. Da aber die paar Sänder, die hier in diesen Organisationen den Ton angeben, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit den Mund Gott weiß wie weit aufreißen, wird es am Plage sein, wenn auch die organisierten Konsumisten überall, wo ihre Interessen berührt werden, sich etwas kräftiger äußern, als das bislang geschieht.

Gegenwartsfragen der deutschen Volksbildung.

Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung veranstaltet gegenwärtig einen Vortrags- und Lehrgangskursus für freiwillige Volksbildungsarbeit, in welchem die brennendsten Tagesfragen auf diesem Gebiete von ersten Sachverständigen erörtert werden, u. a. die Bedeutung und der gegenwärtige Stand der freiwilligen Volksbildungsarbeit in Deutschland, die Jugendpflege und ihre praktische Bedeutung für die Volksbildung, die Verwendung von Veranschaulichungsmitteln in den volkstümlichen Vorträgen und Unterhaltungen, die Organisation der musikalischen Bildungsarbeit, das volkstümliche Vortragswesen in seinen verschiedenen Formen, der Kinematograph und das Kinematographentheater als Volks- und Jugendbildungsmittel und nach seinen Gefahren und Auswüchsen, die Wander- und Liebhabertheater, der Kampf gegen den Buchdruck und die Pflege der Volks- und Jugendliteratur, die Arbeiterunterrichtskurse, die Praxis der großen und kleinen Volksbüchereien, die Volksunterhaltungsabende in großen und kleineren Gemeinden.

Die Vorträge werden durch Demonstrationen und Besuche von Berliner Bibliotheken, Kinematographentheatern und Bildungsanstalten illustriert. Der Besuch des Kursus ist außergewöhnlich stark, ein Beweis für die wachsende Ausdehnung und Vertiefung der freiwilligen Volksbildungsarbeit. Die in dem Kursus gehaltenen Vorträge werden von der Gesellschaft veröffentlicht und damit auch weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden.

Der Verein für Volksunterhaltungen in Berlin

hat soeben sein Programm für die Saison 1912-13 verhandelt. Dasselbe bietet, wie in den früheren Jahren, eine Fülle von Unterhaltungsmaterial, das sich durch Reichhaltigkeit, Gediegenheit und Abwechslung auszeichnet. Bei der Beliebtheit, der sich die Veranstaltungen des Vereins für Volksunterhaltungen in den Kreisen der Berliner Kollegen erfreuen, werden wir, wie das auch bisher geschehen ist, allsöndentlich darauf hinweisen. Gleichzeitig veröffentlicht wir nachfolgend die Billetvorverkaufsstellen des Vereins, in denen stets 8 Tage vor jeder Veranstaltung früh 8 Uhr, auch für Nichtmitglieder, Eintrittskarten zu haben sind. Diejenigen unserer Leser, die daran Interesse haben, mögen sich diese Notiz auszeichnen, da die Adressen nur einmal in jedem Jahre bekannt gegeben werden können:

- K. Kleffel, Münzstr. 30 (werktägl. 9-12 und 3-6 Uhr); Georg Trams, Krautstr. 30a; Kaufmännischer Verband für weibliche Angestellte Köpenickerstr. 74, II. Hof, Aufgang A 1 (werktägl. 9-4 Uhr); Arbeiterinnenheim III, Kottbuser Ufer 33, Nuergeb. 1 (werktägl. 8-11 und 5-8 Uhr); F. Bofesel, Gneisenaustr. 67 (werktägl. 8-1 und 3-7 Uhr); S. Wiesner, Galleische Str. 28; M. Dreier, Genthinerstr. 34; Raabe u. Pothow, Potsdamerstr. 21; Guido Thieme, Thurmstr. 14; Lehrer Emil Dörp, Bölowstr. 24, III; Hans Nidel, Uhländstr. 163; Georg Wedek, Müllerstr. 175; W. Rubenolds Buchhandlung, Brunnenstr. 134; Gustav Wildgrube, Rummelsburg, Wülflischstr. 33.

Außerdem findet eine halbe Stunde vor jeder Veranstaltung ein Billetverkauf an der Kasse statt.

Die 462. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen

(die erste in dieser Saison) findet am Sonntag, den 13. Oktober, abends 7 Uhr, im Konzertsaal der königl. Hochschule für Musik (Gardenbergstraße) statt. Die riesige Konzertsvereinigung unter Leitung von Herrn Alex Riechlich wird Quartettgesänge und Fräulein Norah Drevett Klavierstücke zu Gehör bringen, während Fräulein Gertrud Rube rezitieren wird.

Gewerkvereins-Zeil

Veranstaltungen. In unserm Städtchen haben die Feuerungsvereinstätigkeiten zu einem regelrechten Fleißkrieg geführt. Auf eine Anregung des Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter legte sich der Ortsverband mit den freien Gewerkschaften in Verbindung, um mit ihnen gemeinschaftlich gegen die hohen Fleißpreise Stellung zu nehmen. Der Protest erfolgte in einer am 17. August abgehaltenen überfüllten Versammlung, in welcher der Kollege Fuchs-Cannstatt und Bedaferer Ruffmann referierten. Die städtischen Kollegen waren fast vollständig erschienen, während die Herren Metzgermeister trotz unserer Einladung ferngeblieben waren. Das Ergebnis der Versammlung war der Beschluß, den Fleiß- und Wurfgenuß so lange vollständig einzustellen, bis eine angemessene Preisermäßigung erfolgt ist. 6 Wochen wurde dieser Boykott von der gesamten Einwohnerschaft durchgeführt, wenn auch die Manöverquartierung manchen zu einem Abweichen von dem Beschluß brachte.

Auch an die Stadtverwaltung haben wir uns mit einer Eingabe gewandt und den Erfolg gehabt, daß die städtischen Kollegen am 11. September einstimmig den Beschluß faßten, 1. den Städtischen zu erlauben, von der Reichsregierung Öffnung der Grenzen, Herabsetzung resp. gänzliche Beseitigung der Zölle auf Vieh und Futtermittel, sowie die sofortige Einberufung des Reichstages zu fordern; 2. einen städtischen Seefischmarkt zu errichten; 3. sich mit einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft zwecks Lieferung von billigem Schlachtvieh ins Benehmen zu setzen. Endlich aber wurde eine ständige Kommission gewählt, welche mit den Wegzern über die Preise verhandeln und sich mit dem Bezug der notwendigen Lebensmittel befassen soll. Auch das Wochenmarktwesen soll geregelt werden. Diese ständige städtische Kommission besteht aus Angehörigen aller Parteien, und wir verpreden uns von ihr eine ersprießliche Tätigkeit.

Was jetzt haben wir durch unser Vorgehen erreicht, daß ein weiterer Preisausschlag verhindert worden ist. Außerdem hat das gemeinschaftliche Vorgehen leider Organisationen auch seinen Eindruck auf die Öffentlichkeit nicht verfehlt. Das beweist am besten die Unterstützung, die wir in den übrigen Bevölkerungsklassen gefunden. Der moralische Erfolg besteht darin, daß wir gezeigt haben, man muß in Geislingen mit den Arbeiterorganisationen rechnen. Wägen daraus die Laufende von unorganisierten Arbeitern die Lehre ziehen, daß ihre Kraft nur in der Berufsorganisation liegt und es ihre Pflicht ist, sich dieser anzuschließen. Die Boykottkommission, bestehend aus 3 Gewerksvereins- und 4 Verbändlern, bleibt bestehen, um der städtischen Kommission Material für ihre Tätigkeit zu beschaffen.

Wie schwer übrigens die hiesige Arbeiterschaft unter den Feuerungsvereinstätigkeiten leiden muß, kann man auch daran erkennen, daß sowohl die württembergische Metallwarenfabrik wie die Maschinenfabrik Geislingen mit dem Fleißboykott für ihre Angestellten und Arbeiter bereits begonnen haben und der städtische Fleißmarkt erstmals am 4. Oktober in Geislingen und Ultenstadt stattfanden wird. Hoffentlich wird das letztere Vorgehen von der Einwohnerschaft kräftig unterstützt!

Stolberg i. Nhb. Der Ortsverband von Stolberg und Umgegend veranstaltete am Sonntag, den 22. September, eine öffentliche Versammlung, in der Stellung genommen wurde gegen die Feuerung. Als Referent war Kollege Lange-Düßeldorf erschienen, der sich seines Auftrages zur allgemeinen Zufriedenheit erledigte. An die Stadtverwaltung soll eine Resolution abgeschickt werden, welche Vorschläge auf Maßnahmen zur Milderung der Feuerung enthält. Hoffentlich haben unsere Schritte Erfolg!

Verbands-Zeil

Amtliche Bekanntmachung.

Der vom Zentralrat für das Verbandsbureau neugewählte

Verbands-Sekretär Otto Potthoff

hat am 1. Oktober sein Amt angetreten. Da es seine Aufgabe ist, in allen Fragen der Arbeiterversicherung usw. Rat zu erteilen, die diesbezüglichen Schriftstücke anzufertigen und die Vertretungen vor dem Reichsversicherungsamt auszuüben, haben sich alle Kollegen in diesen Fragen an den neugewählten Kollegen zu wenden. Alle Zuschriften usw., die Angelegenheiten der Arbeiterversicherung betreffen, sind also in Zukunft zu adressieren an:

Verbandssekretär Otto Potthoff,

Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/23.

Wir weisen bei dieser Gelegenheit nochmals darauf hin, daß es vollkommen genügt, die Zuschriften mit genauer Adresse zu versehen und den Absender darauf zu vermerken. Eingeschriebene Sendungen erübrigen sich dadurch.

Die Sprechstunden in Arbeiterversicherungs-Angelegenheiten bleiben für die Kollegen von Berlin und Umgegend nach wie vor: während der Bureaustunden von 2-4 Uhr, jeden Mittwoch bis 7 Uhr abends.

Der geschäftsführende Ausschuß.

F. Neustedt, Verbandssekretär.

Bersammlungen:

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (S. D.). Verbandsbaus der Deutschen Gewerksvereine, Greifswalderstraße 221-23. Mittwoch, 9. Okt., abends 8 1/2 Uhr Vortrag des Kollegen Lewin über „Das Ende des spanischen Kolonialkriegs“. Gäste will. — **Gewerksvereins-Vereinstafel (S. D.).** Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr Lebungsstunde 1. Verbandsbaus d. Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste will. — **Sonnabend, 5. Okt. Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Abends 8 1/2 Uhr Grundr. 86 a. 1. Mitteilungen. 2. Monatsbericht. 3. Vortrag des Kollegen Menze: „Aus dem Leben und Treiben der Bergarbeiter“.

Orts- und Bezirksverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden 1. Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr Vertreterversammlung in Durhop Gesellschaftshaus, Kellenstr.; **Bremen (Distriktsklub).** Jeden

Donnerstag abds. 9 Uhr bei Durhop, Kellenstr. 21-23. — **Kottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Ganslein, Sandwerfer 42. — **Dessau. Gewerksvereins-Vereinstafel** jeden Mittwoch, abds. 8 1/2-11 Uhr Lebungsst. i. Vereinst. „Solan“, Marktstr. — **Düsseldorf (Volkswirtschaftsklub).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr Sitzung i. Verbandsbaus, Ruffenstr. 29. — **Eberfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenkämper Eberfeld, Ruffenstr. und Erholungsges. — **Kraunkfurt a. O. (Gewerksvereinsklubs).** Jeden Freitag von 8-10 Uhr Lebungsstunde im Verein total, Kälberstr. 16. Verbandskollegen herzl. willkommen! — **Leipzig (Gewerksvereins-Vereinstafel).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Ortsverbands-Vertreterversammlung im Vereinstafel von E. Simon, Alter Markt. — **Naumburg (Ortsverband).** Jeden dritten Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr Distriktsabend bei Ludwig. — **Halle a. S. (Ortsverband).** Der Distriktsabend findet jeden letzten Sonnabend im Monat im Paffage-Restaurant, in der Großen Brauhausstraße, statt. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr im Restaurant „Bleibhof“, Lagerstraße 2. Distriktsabend. — **Hamburg (Gewerksvereins-Vereinstafel).** Jeden Donnerstag Lebungsst. b. Thöner in Altona, Einmühlstr. 40-50. — **Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband).** Monatsber. der Jugendabdt. am Sonntag nach dem 15. eines jed. Monats Morg. 10 Uhr in Linden bei Herrn Steinmeier. — **Herne in Westf. (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat vorm. 11 Uhr Vertreterversammlung bei Wittwe Bilb. Ruhe, Herne, gegenüber der eomag. Kirche. — **Nierlohn. Distriktsabend** jeden 2. Mittwoch bei Gylpe. — **Leipzig (Gewerksvereins-Vereinstafel).** Die Lebungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinstafel „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmgabende Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Mühlheim-Nahe.** Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 10 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 38. — **Stettin (Sängerkor d. Gewerksvereine).** Die Lebungsstunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststraße 5, statt. Stimmgabende Kollegen herzlich willk. — **Tegel (Distriktsklub für Tegel, Borsigwald u. Reinickendorf).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Kömer, Schlieperstraße 28, Ecke Schönebergerstraße. — **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolet, Maurerstr. 62. — **Weißenfels a. S. (Sängersabteilung der Gewerksvereine).** Lebungsstunden jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinstafel „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangslebende Gewerksvereinskollegen stets willkommen. — **Weißenfels (Ortsverband).** Jeden 1. Sonnabend im Monat Distriktsklub im Hermanns Garten. — **Wetter (Ortsverband).** Sonntag, den 6. Oktober, nachm. 3 Uhr Ortsverbandsber. mit anschließender öffentlicher Versammlung in Wernern beim Wirt Dieckhoff. Vortrag d. Kol. Lange-Gelsenkirchen: „Die gelben Gewerkschaften“. — **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 9 1/2 Uhr, Singstunde im Verbandslokal „Reinthal“.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Gleiwitz (Ortsverb. der Eisenbahner). Max Riemer, Vorsitzender, Bergamstr. 32. **H. Preuß, Schriftführer, Sandstr. 5. H. Durhop, Kassierer, Paulstr. 7.**
Zentralrat. **F. Wendt, Vertreter des Gew. der Maschinen- u. Metallarb.,** Berlin N.W. 87, Alt-Moabit 56, Aufg. II.

Anzeigen-Zeil

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Den Ortsvereinen und Ortsverbänden zur Beschaffung für die Bibliotheken empfohlen:

Zur Reichsversicherungsordnung Erläuternde Taschenausgaben

von Dr. Franz Hoffmann, Geh. Ober-Regierungsrat, Vortragender Rat im Königl. Preuss. Ministerium für Handel und Gewerbe. (Hermanns Taschenverlagsanstalt). Vier selbständige Bändchen: 1. Krankenversicherung Geb. 4 Mk. 2. Gewerbe-Ausfallversicherung Geb. 4 Mk. 3. Landwirtschaftliche Ausfallversicherung Geb. 4 Mk. 4. Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung Geb. 4 Mk.

In jedem Bändchen findet sich das 1. Buch (Gemeinsame Vorschriften) und diejenigen Teile des 6. Buches (Verfahren u.) der R. V. O., die für den betreffenden Versicherungszweig von Bedeutung sind. Bei der Erläuterung sind nicht nur die Gesetzesmaterialien, sondern auch die bisherigen Ausführungsbestimmungen und Entscheidungen des Reichsversicherungsamts, des O. V. S. und der ordentlichen Gerichte berücksichtigt, soweit sie noch Anspruch auf Gültigkeit verdienen.

Diese vier Gesetzbücher sind zum Fortzugspreis von 8,30 Mk. pro Band durch das Verbandsbureau, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221-23 zu beziehen.

Hypold (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Sozialunterst. bei ihren Ortsvereinstafelungen, Kollegen, deren Ortsverband nicht vertreten, beim Ortsverb. Kassierer **R. Stein, Jähelingsgasse 4.**

Hamburg-Altona. Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten für 2 Tage Unterst. Karten sind bei den Ortsvereinstafelungen oder bei dem Ortsverbandskassierer **S. Schulz, Hamburg, Königstr. 36 III** erhältlich.

Gorau (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten 50 Pfg. Ortsgeh. beim Kol. Otto Schindler, Entenmarkt Nr. 24 II.

Hibersch a. Nhb. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten 1 Mk. Ortsgeh. beim Ortsverbandskassierer **J. Schneider, Saulgauerstr. 24.** Herberge zum roten Löwen, Marktplaz.

Weißenfels a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterst. Karten auf dem Bureau der Schuhmacher und Lederarbeiter, Kollege **Koch, Leipzigerstr. 26.**

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Logierkarten im Werte von 1,20 Mk. beim Kollegen **Emil Schmidt, Stettin, Bollwerk 22** im Laden. Die Verbandsherberge befindet sich Elisenstraße 49 (Jägers Wirtschaft).

Spandau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen aller Berufs erhalten ein Ortsverbandsgeh. von 75 Pfg. im Lokal von **R. Schneiderrath, Röllke- und Bismarckstr. 64.**

Dortmund (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten Ortsgeh. d. Gewerksvereinsbureau, **Rimstr. 7.** Dieselbst finden sich auch d. Arbeitsnachweis.

Kaasen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mk. Reiseunterst. in dem Arbeitersekretariat **Kaasen, Adalbertsteinweg 71.**

Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen **Beuchel** in Stielzners Kohlenhandlung, Zwingerstraße, zu entnehmen.

Schwelm (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten 75 Pfg. Unterst. beim Ortsverbandskassierer **Ernst Dreuer, Kaiserstr. 5.**

Ladenscheid (Ortsverband). Der Arbeitsnachweis sowie Ortsverbandsgeh. befindet sich beim Sekretär **Fritz Buntke, Köpferstr. 12.**

Jena (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterst. beim **Carl Müller, Greifgasse 2, Ecke Oberlauengasse.**

Legikon des Arbeitsrechts

in Verbindung mit **Felix Claus, Hermann Hög, Hermann Suppe** herausgegeben von **Allegander Elster**. Verlag von **Gustav Fischer** in Jena.

Wer sich rasch über eine Frage des Arbeitsrechts unterrichten will findet in diesem praktischen Legikon in knapper Darstellung alle gewünschte Informationen. Dürkere Bibliotheken, Arbeitersekretäre, Sozial- und Agitationsbeamte der Arbeiterbewegung sollen sich in den Besitz des Buches setzen. Wegen Einlegung des Rollenpreises von 4,80 Mk. pro Exempl. in gut. Einwandebn. Nachtrag erfolgt frank. Zusendung. Das Geld ist auf unsern Verbandskassierer **Rud. Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/23** zu senden. Die Bestellung ist auf den Postabschnitt zu schreiben.